

Peter Friedemann/Uwe Schledorn (Hrsg.), *Aktiv gegen Rechts. Der Rote Kämpfer – Marxistische Arbeiterzeitung 1930–1931*, Klartext Verlag, Essen 1994, 304 S., brosch., 34 DM.

Kern dieser noch von Willy Brandt unterstützten Veröffentlichung aus dem Bochumer Institut zur Erforschung der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung ist die kommentierte Wiedergabe der zwischen dem 9. November 1930 und November 1931 in zehn Heften erschienenen Zeitschrift »Der Rote Kämpfer«, die anfangs noch nichts mit der rätekommunistischen Widerstandsgruppe gleichen Namens zu tun hatte. Vielmehr handelte es sich um ein linkssozialdemokratisches Blatt, das in der damaligen sozialdemokratischen Provinz Bochum seine Initiatoren und Ursprünge hatte (»geschrieben von Sozialdemokraten und für Sozialdemokraten«). Im »Roten Kämpfer« wollten zunächst noch innerparteiliche, dann aber rasch ausgegrenzte, vor allem aus Kreisen der SAJ stammende Kritiker der sozialdemokratischen Parteiführung und -mehrheit ihre abweichenden Auffassungen artikulieren und diskutieren, was ansonsten im als konservativ und vorstandsfremd geltenden und straff geführten SPD-Bezirk Westliches Westfalen nicht möglich war.

Nachdem die Zeitung zunächst Sprachrohr der innerparteilichen Kritiker des Raumes Bochum und Umgebung war (Ausgaben 1–3) und auch eine ganze Reihe »gestandener« Sozialdemokraten erreicht hatte, wurde sie von Fritz Sternberg nach Erkrankung des Bochumer Organisators nach Köln geholt und von einem Kreis linkssozialistischer Studenten und Jungsozialisten bearbeitet (Ausgaben 4–8). Ab der dritten Ausgabe läßt sich der Einfluß der rätekommunistisch orientierten Gruppe um Bernhard Reichenbach und Karl Schröder feststellen. Immer aggressiver kritisierte man die »Apparateverkalkung« beider großer Arbeiterparteien und der Gewerkschaften und setzte auf die »Selbstbewußtseinsentwicklung« des Proletariats als Grundlage der Selbsttätigkeit der Massen im revolutionären Prozeß. Schließlich erschienen die beiden letzten Nummern mit Herausgabeort Köln-Berlin und Berlin-Dresden, etwa 1 000 Exemplare der Zeitschrift sollen allein in Berlin vertrieben worden sein. Das Blatt war spätestens seit der achten Ausgabe vollständig in die Hände der Gruppe um Schröder übergegangen, die einigen Einfluß innerhalb der SAJ und der Jungsozialisten hatte. Die Gruppe bezeichnete sich schließlich selbst nach der Zeitung, und die Gestapo übernahm später den Begriff bei der Verfolgung des »Rote-Kämpfer-Kreises«.

Wie von den Herausgebern beabsichtigt, macht die Edition der seinerzeit wohl nur begrenzt verbreiteten Zeitung mit einer maximalen Auflage von 4 000 Exemplaren deutlich, daß in der Sozialdemokratie auch jenseits der großen theoretischen Debatten und der inner-sozialdemokratischen Konflikte um die Politik der Partei in der Endphase der Weimarer Republik und um die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eine breite Diskussion über »Faschismusdeutungen« geführt wurde. Insbesondere jüngere und linkssozialdemokratische Kräfte verlangten mehr Aktivität »gegen Rechts«. Trotz vieler historisch bestätigter Einschätzungen ist allerdings weder eine konsistente Einschätzung des Nationalsozialismus noch eine entsprechende Strategie für die Arbeiterbewegung entwickelt worden. Scharf, bisweilen polemisch bis bösartig wandte man sich in dem Blatt gegen den Reformismus und die Verkrustungen insbesondere des sozialdemokratischen Parteiparates. Es finden sich Überlegungen Fritz Sternbergs, der meist harsch kritisierten »Klassenkampf-Gruppe« und bei der Verurteilung der Tolerierungspolitik auch Elemente kommunistischer Faschismusinterpretationen, was Wasser auf die Mühlen der sozialdemokratischen Kritiker war, die die Zeitschrift als prokommunistisch denunzierten. Im Juni 1931 erfolgte der Unvereinbarkeitsbeschluß des Parteivorstandes für eine Mitarbeit von Sozialdemokraten am »Roten Kämpfer«.

Ergänzt wird der Abdruck der Zeitschrift durch Darstellungen der Hintergründe der Entstehung und Entwicklung des Blattes. Uwe Schledorn gelingt dabei ein Überblick

über die Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie des Parteibeirzks Westliches Westfalen. Peter Friedemann stellt engagiert und einfühlsam die Lebensgeschichte des Bochumer Initiators Heinz Hoose dar. Der überzeugte Sozialdemokrat steht auch für einen Typus von (selbst)kritischen demokratischen Sozialisten, die nie stromlinienförmig waren und in ihrer Partei aneckten, aber versuchten, ihren Grundüberzeugungen treu zu bleiben. Fotos und Dokumente zum Lebensweg Hooses schließen sich an.

Die Edition des »Roten Kämpfers« erlaubt einen Einblick in letztlich nicht abgeschlossene Diskussionsprozesse, die innerhalb der Sozialdemokratie keinen Platz fanden und ausgegrenzt wurden, und läßt »verschüttete« Alternativen, Überzeugungen und Werte der sozialistischen Bewegung sichtbar werden. *Stefan Goch, Gelsenkirchen*

Michael Schwartz, Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologien in Debatten und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890-1933, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1995, 384 S., geb., 58 DM.

In der gegenwärtigen politischen Debatte über die Zulassung und Kontrolle der Gentechnologie und insbesondere der Humangenetik beziehen sich Befürworter wie auch Kritiker regelmäßig auf das Beispiel der nationalsozialistischen Rassenhygiene: Durch Abgrenzung gegenüber der NS-Praxis oder aber mit Hinweis auf von ihnen gesehene Parallelen begründen sie ihr aktuelles Votum. Beide, Befürworter und Kritiker, begeben sich damit der politisch sehr viel brisanteren Möglichkeit, die Tradition eugenischer Politik und Praxis in demokratischen Gesellschaften zu thematisieren. Der Gentechnologie wird jede Geschichte außerhalb des Nationalsozialismus abgesprochen. Auf diese Blindstelle will Michael Schwartz aufmerksam machen, indem er die von der SPD in der Weimarer Republik vertretene Eugenik als eine Variante solcher Politik im demokratischen Wohlfahrtsstaat untersucht.

Das aus einer geschichtswissenschaftlichen Dissertation hervorgegangene Buch ist in drei Teile gegliedert. Zunächst geht es Schwartz darum, »Typen des Eugenik-Diskurses der sozialdemokratischen Intelligenz« herauszuarbeiten. Im zweiten, etwa gleich langen Abschnitt diskutiert Schwartz dann diejenigen Gruppierungen innerhalb der Weimarer Sozialdemokratie, die sich für eine Integration eugenischer Maßnahmen in staatliches und gesellschaftliches Handeln einsetzten. Der Hauptteil seiner Untersuchung ist schließlich den Bemühungen sozialdemokratischer Parlamentsfraktionen gewidmet, eugenische Gedanken und Praktiken als festen Bestandteil der Bevölkerungspolitik zu verankern. Mit Hilfe dieser drei Schritte sollen die folgenden Fragen beantwortet werden: Wie rezipierte die Sozialdemokratie die Herausbildung der Wissenschaft von den Genen und welche Positionen nahm sie zu dieser neuen Wissenschaft ein? Welche Haltung fand die sozialdemokratische »Basis« hierzu? Wie übersetzten sozialdemokratische Abgeordnete die Erkenntnisse der neuen Wissenschaft in politische Forderungen und wie trugen sie zur Umsetzung der Forderungen bei?

In seiner Einleitung »Sozialismus und Eugenik« ordnet Schwartz seine Untersuchung in die Reihe geschichtswissenschaftlicher Arbeiten ein, die nach den Ambivalenzen der Moderne fragen. Die zunehmende naturwissenschaftliche Fundierung gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen und gesellschaftlicher Interventionsinstrumentarien habe um die letzte Jahrhundertwende auch der Eugenik als neuer Unterabteilung der medizinischen Wissenschaft zu großer öffentlicher Aufmerksamkeit verholfen. Der Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und das Versprechen der einfachen Anwendbarkeit begründeten die Attraktivität eugenischen Denkens für eine Partei und Bewegung, die ihre gesellschaftspolitischen Forderungen und Konzepte gerne als wissenschaftliche auswies. In der Wissen-